



LANDKREIS NIENBURG/WESER · 31577 Nienburg

Niedersächsische Landesbehörde für
Straßenbau und Verkehr
Geschäftsbereich Nienburg
Postfach 17 20
31582 Nienburg

Nieders. Landesbehörde für
Straßenbau und Verkehr
Geschäftsbereich Nienburg

11. Juni 2019
z. 0416

Regionalentwicklung

Meike Rohlfing
Zimmer: 457

Telefon: 05021 967457
Fax: 05021 967-510
E-Mail: regionalplanung@kreis-ni.de
Zeichen: 54.21.01.04

Ihre Nachricht vom: 01.04.2019
Ihr Zeichen: 2/22-31232-B215(306 400)

5. Juni 2019

**Prüfung des Verzichts auf die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens
gemäß § 16 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) für die Verlegung der B 215
zwischen Nienburg und Rohrsen
Ihre Anträge vom 09.10.2018 und 01.04.2019**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben mich mit Antrag vom 09.10.2018 gebeten, durch Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Rahmen einer Antragskonferenz zu prüfen, ob für die Verlegung der B 215 zwischen Nienburg und Rohrsen auf die Durchführung eines erneuten Raumordnungsverfahrens (ROV) verzichtet werden kann.

I. Ergebnis

Von der Durchführung eines ROV kann gemäß § 16 Abs. 2 ROG bei solchen Planungen und Maßnahmen abgesehen werden, wenn für diese sichergestellt ist, dass ihre Raumverträglichkeit anderweitig geprüft wird. Diese Voraussetzungen liegen hier vor. Es ist sichergestellt, dass die Raumverträglichkeit des Vorhabens in den folgenden Genehmigungsverfahren geprüft wird.

II. Begründung und Hinweise

Gemäß § 15 ROG i.V.m. § 1 Nr. 8 der Raumordnungsverordnung soll für den Bau einer Bundesfernstraße, die der Entscheidung nach § 16 des Bundesfernstraßengesetzes bedarf, ein ROV durchgeführt werden, wenn sie im Einzelfall raumbedeutsam ist und überörtliche Bedeutung hat.

Hausanschrift:
Kreishaus
am Schloßplatz
31582 Nienburg
Tel. Zentrale: 05021 967-0

Servicezeiten:
Mo. - Do. 8 bis 16 Uhr
Fr. 8 bis 12 Uhr
Bitte vereinbaren
Sie einen Termin

Regeln zur
elektronischen
Kommunikation
unter:
www.kreis-ni.de

Sparkasse Nienburg
Kto. 300 384 BLZ 256 501 06
IBAN:
DE21 2565 0106 0000 3003 84
BIC: NOLADE21NIB

Postbank Hannover
Kto. 86 92-304 BLZ 250 100 30
IBAN:
DE68 2501 0030 0008 6923 04
BIC: PBNKDEFFXXX



Dies ist hier der Fall. Aus diesem Grunde leitete die Untere Landesplanungsbehörde des Landkreises Nienburg/Weser im Jahre 2001 für die Verlegung der B 215 zwischen Nienburg und Rohrsen ein ROV ein. Anlass war der seit dem 05.01.2000 vorliegende Planungsauftrag für die Linienfindung einer neuen Trasse im Rahmen eines ROV. In diesem Verfahren erfolgte die Prüfung dreier Planungsvarianten in einem abgestimmten Untersuchungsraum, der auf der Antragskonferenz am 09.01.2001 festgelegt wurde. Nach Vorliegen der erforderlichen Verfahrensunterlagen wurde das ROV am 13.10.2004 eingeleitet.

Im Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Nienburg/Weser, das am 18.07.2003 in Kraft trat, ist die Variante 1 bereits als „Hauptverkehrsstraße von überörtlicher Bedeutung – erforderlich, bedarf weiterer Abstimmung“ dargestellt worden. Die erforderliche Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange, den betroffenen Fachstellen, Verbänden und der Öffentlichkeit erfolgte im Rahmen des ROV.

In der Landesplanerischen Feststellung vom 01.06.2005 wurde die Variante 1 als raumverträglichste Variante bestimmt. Es wurde festgestellt, dass sie mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung einschließlich der Belange des Umweltschutzes und der raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen der betroffenen Planungsträger vereinbar ist. Die Stadt Nienburg und die Samtgemeinde Heemsen haben die landesplanerisch festgestellte Variante 1 in ihren rechtswirksamen Flächennutzungsplänen dargestellt.

Am 21.02.2008 erfolgte die Linienbestimmung der Variante 1 durch das BMVI. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 ist die Maßnahme zur Verlegung der B 215 zwischen Nienburg und Rohrsen in den vordringlichen Bedarf eingestuft. Am 31.10.2016 erging der Planungsauftrag zur Entwurfserarbeitung an die NLStBV, Geschäftsbereich Nienburg.

Da die Landesplanerische Feststellung vom 01.06.2005 auf fünf Jahre befristet war und damit erloschen ist, ist die Untere Landesplanungsbehörde gehalten zu prüfen, ob für die Verlegung der B 215 zwischen Nienburg und Rohrsen ein neues ROV durchgeführt werden muss. Hierzu wurde auf o.g. Antrag am 04.03.2019 eine Antragskonferenz beim Landkreis Nienburg/Weser durchgeführt. Das Protokoll der Antragskonferenz ist diesem Schreiben in der Anlage beigelegt.

Ergebnis der Antragskonferenz

Das mit der Einladung zur Antragskonferenz verbundene Beteiligungsverfahren und die Durchführung der Antragskonferenz haben keine aktuellen Hinweise und Erkenntnisse ergeben, die eine erneute Variantenprüfung bzw. Raumverträglichkeitsprüfung im Rahmen eines ROV erforderlich machen würden. Seitens der beteiligten öffentlichen Stellen wurden keine Bedenken gegen den Verzicht auf die Durchführung eines ROV vorgetragen.

Die Stadt Nienburg und die Samtgemeinde Heemsen sprechen sich für einen zeitnahen Ausbau der Ortsumgehung der B 215 aus.

Die Stadt Nienburg regt an, die seitens der DB AG geplante Güterzugentlastungsstrecke in der Stadt Nienburg entlang der neuen B 215 zu führen und sieht in dieser Trassenbündelung Synergieeffekte.

Auch der BUND Nienburg spricht sich für die Parallelführung von B 215 und Schienenstrecke aufgrund des damit verbundenen Bündelungseffekts aus und fordert die Durchführung eines ROV, in dem beide Vorhaben aufeinander abgestimmt werden.

Prüfung einer leicht geänderten Linienführung

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Antragskonferenz hat die Antragstellerin die Trasse im nördlichen Bereich im Abschnitt zwischen der B 214 und der B 209 hinsichtlich der Linienführung überprüft, kleinräumig geändert und dahingehend angepasst, dass eine Annäherung einer möglichen Schienenverkehrsstrecke an die neue B 215 umsetzbar wäre. Ein Übersichtsplan mit der geänderten Linienführung ist in der Anlage beigelegt. Die geänderte Führung hat weitere positive Effekte:

- Für den geplanten Straßenquerschnitt mit wechselnden Überholstreifen ist eine gestreckte Linienführung mit wenigen Querneigungswechseln günstiger.
- Die Anzahl der Kreuzungspunkte mit den bestehenden Leitungen wird reduziert.
- Die Verkürzung der Baustrecke führt zu einer geringeren Flächeninanspruchnahme.
- Die Bewirtschaftung der Flächen zwischen dem Heemser Weg und der Trasse wird erleichtert.

Aus Sicht der Unteren Landesplanungsbehörde ist der geänderten Linienführung aus den oben dargelegten Gründen zuzustimmen. Die geänderte Führung wirkt sich positiv auf den weiteren Planungsprozess aus und trägt dazu bei, dass auf die Durchführung eines erneuten ROV verzichtet werden kann.

Hinweise für das weitere Planverfahren

Die Avavon Netz GmbH, Nienburg, teilt mit E-Mail vom 25.02.19 mit, dass gegen den Trassenverlauf der Variante 1 keine Einwände bestehen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Verlauf der geplanten Trasse viermal Avacon-Kabel (2x 20 kV, 1x 1 kV und 1x FW-Kabel) gekreuzt werden. Vor Baubeginn ist Kontakt mit der Avacon GmbH aufzunehmen.

Die Avacon Netz GmbH, Salzgitter, weist mit Schreiben vom 29.02.2019 darauf hin, dass sich die geplante Verlegung im Schutzbereich ihrer Fernmeldeleitungen befindet. Bei Einhaltung entsprechender Hinweise würden ihrerseits keine Bedenken bestehen.

Die DB AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG und der DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, teilt mit Schreiben vom 28.02.19 mit, dass laut Planunterlagen die neu geplante B 215 bei der Variante 1 und 2 zwei mal ihre planfestgestellte 110-kV-Bahnstromleitung Nr. 0527 Rotenburg – Wunstorf kreuzt. Sie bittet um weitere Beteiligung im Verfahren und ggf. um die Vorlage der Baupläne.

Das Eisenbahn-Bundesamt als Planfeststellungsbehörde für die Eisenbahnen des Bundes (DB Netz AG und DB Energie GmbH) teilt mit E-Mail vom 08.02.19 mit, dass dessen Belange durch die Verlegung der B 215 nicht berührt werden, soweit die favorisierte Variante 1 realisiert werden soll. Es bittet um weitere Beteiligung im Zuge der weiteren Planungen, falls andere Varianten zum Tragen kommen sollten, die die bestehende Eisenbahnstrecke Nienburg – Verden tangieren könnten.

Die EWE Netz GmbH teilt mit Schreiben vom 31.01.19 mit, dass keine Bedenken oder Anregungen bestehen. Sie bittet, bei den weiteren Planungen frühzeitig beteiligt zu werden.

Die Gasunie Deutschland Transport Services GmbH teilt mit Stellungnahme vom 05.03.19 mit, dass Anlagen der von Gasunie Deutschland vertretenden Unternehmen betroffen sind. Aus Sicherheitsgründen sind sämtliche Baumaßnahmen im Schutzstreifen der Erdgastransportleitungen / Kabel in Anwesenheit eines Gasunie-Mitarbeiters durchzuführen sind.

Weitere zu beachtende Hinweise bzw. Auflagen sowie ein Plan mit den betroffenen Leitungen sind der Stellungnahme vom 05.03.19 zu entnehmen.

Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) weist mit Schreiben vom 18.02.19 darauf hin, dass innerhalb des Plangebiets bzw. in unmittelbarer Nähe davon eine Erdgashochdruckleitung der Gasunie Deutschland GmbH & Co. KG verläuft, bei der Schutzstreifen zu beachten sind. Es wird um Beteiligung dieses Unternehmens im weiteren Verfahren gebeten.

Das Landvolk Niedersachsen – Kreisverband Mittelweser e.V. – teilt mit E-Mail vom 21.02.19 mit, dass aus dessen Sicht die Durchführung eines erneuten ROV nicht zwingend notwendig erscheint.

Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen – Bezirksstelle Nienburg – teilt mit E-Mail vom 11.03.19 im Nachgang zur Antragskonferenz mit, dass auf ein erneutes ROV verzichtet werden kann.

Die LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH merkt in ihrem Schreiben vom 29.01.19 an, dass aus eisenbahntechnischer Sicht der nichtbundeseigenen Eisenbahnen keine Einwände gegen den Verzicht eines erneuten ROV bestehen. Die Trassenfeststellung der B 215 wird bestätigt.

Die Nds. Landesforsten – Forstamt Nienburg – teilen mit E-Mail vom 04.03.19 mit, dass aus deren Sicht auf ein ROV verzichtet werden kann.

Der Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) – Betriebsstelle Sulingen – teilt mit Stellungnahme vom 27.02.19 zum Vorplanungsstand mit, dass die Planunterlagen grundsätzlich zu aktualisieren und an die rechtlichen Grundlagen anzupassen sind. Die Umweltbelange (u.a. wasserwirtschaftliche Belange, Schutzgut Wasser) sollten erneut untersucht und bewertet werden. Dies kann im Rahmen einer erneuten Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen. Darin sollten auch Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Kompensation betrachtet werden. Beeinträchtigungen an Gewässern sollten auch dort ausgeglichen werden. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die favorisierte Trassenführung (Variante 1) die EU-WRRL relevanten Gewässer Führser Mühlbach, Wölpe und Schipsegraben

kreuzt. Die Planung sieht daher Brückenbauwerke vor. Es ist somit mit Beeinträchtigungen der Fließgewässer zu rechnen. Anlagebedingte Auswirkungen durch Querungsbauwerke könnten voraussichtlich erst in den Folgeverfahren bei baulicher Gestaltung abgeschätzt werden.

Weitere zu beachtende Hinweise des NLWKN, die wasserrechtliche Bestimmungen betreffen, sind der Stellungnahme vom 27.02.19 zu entnehmen.

Der Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverband Meerbach und Führse weist mit Schreiben vom 01.03.19 darauf hin, dass die Gewässer II. Ordnung „Führser Mühlbach“, „Bunkenmoorgraben“ und „Prangegraben“ sind vom ULV zu unterhalten sind. Des Weiteren sind Gewässer III. Ordnung des Wasser- und Bodenverbandes „Wölpe-Schwarze Riede“ betroffen. Er bittet um eine Beteiligung im weiteren Verfahren und macht darauf aufmerksam, dass es sich im Einvernehmen mit dem ULV anbietet, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen - im Sinne der Fließgewässerentwicklung - an das Gewässer II. Ordnung „Führser Mühlbach“ zu legen.

III. Kostenfestsetzungsprüfung

Aufgrund der § 2 (1) S. 1 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG) in der Fassung vom 25.04.2007 zuletzt geändert am 15.12.2016 (Nds. GVBl. S. 301) werden keine Gebühren erhoben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Rohlfig

Prüfung der Erforderlichkeit eines Raumordnungsverfahrens (ROV) für die Verlegung der B 215 zwischen Nienburg und Rohrsen

**Hier: Protokoll der Antragskonferenz am 04.03.2019 um 14.00 Uhr beim
Landkreis Nienburg/Weser**

Top 1) Einführung: Ziel und Zweck der Antragskonferenz

Herr Arndt begrüßt die Teilnehmenden und erläutert den Sachverhalt und den Anlass der Antragskonferenz: Im Oktober 2018 beantragte die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) beim Landkreis Nienburg/Weser die Prüfung, ob für das Vorhaben auf die Durchführung eines erneuten ROV verzichtet werden kann und bittet um Bestätigung der Variante 1, die als Ergebnis des ROV in der Landesplanerischen Feststellung vom 01.06.2005 festgelegt war. Er weist darauf hin, dass die Landesplanerische Feststellung auf einen Zeitraum von fünf Jahren befristet war. Auf Grund fehlender Verlängerungsanträge hat diese Feststellung nach Fristablauf ihre Rechtskraft verloren. Ein Wiederaufleben ist rechtlich nicht möglich.

Hierzu muss das Vorhaben vor dem Hintergrund der derzeit gültigen rechtlichen Bestimmungen aus dem Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) 2017 sowie hinsichtlich der Umweltverträglichkeit neu geprüft und abgewogen werden. Darüber hinaus ist die städtebauliche Entwicklungen der letzten 15 Jahre bei der Prüfung der ROV-Erforderlichkeit zu berücksichtigen.

Top 2) Raumordnerische Belange

Frau Rohlfing führt die raumordnerischen Inhalte des Verfahrensablaufs ab dem Jahr 2001 näher aus. Im Einzelnen wird hierzu auf die beigelegte Präsentation (Anlage 1) verwiesen.

Top 3) Erläuterung des Vorhabens

Herr Schindler von der NLStBV erläutert den bisherigen Verfahrensverlauf aus Sicht der Straßenbauverwaltung und erklärt, dass die Maßnahme mit Beschluss der Bundesregierung vom 03.08.2016 im „Bundesverkehrswegeplan 2030“ aufgrund des außerordentlich hohen Kosten-Nutzen-Faktors (>10) mit „vordringlichem Bedarf“ eingestuft und im „Bedarfsplan für die Bundesstraßen“ am 23.12.2016 durch den Bundestag Teil des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes (6. FStrAbÄndG) geworden ist.

Der Planungsstand und der weitere zeitliche Verfahrensablauf sind erläutert worden und im Einzelnen aus der dem Protokoll beigelegten Präsentation der NLStBV (Anlage 2) zu entnehmen. Mit der Variante 1 ist bereits ein Planungskorridor für die Straßentrasse der B 215- und B 214-Führung östlich des Stadtgebietes abgewogen worden und in den Bauleitplanungen der Kommunen ausgewiesen. Vorgaben der aktuellen technischen Vorschriften und Regelwerke der Straßenplanung wie z. B. der Richtlinie für die Anlage von Landstraßen (RAL 2012) müssen in der weiteren Entwurfsplanung, z. B. für einen abschnittswise 3-spurigen Ausbau, angepasst werden.

Auf Anfrage von Herrn Meyer zu Vilsendorf wird bestätigt, dass im Zuge der Straßenplanung auch ein Flurbereinigungsverfahren vorgesehen ist (siehe unten).

Top 4) Erfassung der aktuellen Situation

1. Umweltbelange

a) Entwurf des Landschaftsrahmenplans (LRP)

Frau Rohlfing führt aus, dass bei der Betrachtung der Umweltbelange der sich im Entwurf befindliche Landschaftsrahmenplan des Landkreises Nienburg/Weser bei der raumordnerischen Beurteilung des Vorhabens berücksichtigt wird.

Herr Gänsslen von der Unteren Naturschutzbehörde stellt die Inhalte des Entwurfs des LRP für das Plangebiet vor. Im Einzelnen wird hierzu auf die beigelegte Präsentation verwiesen.

Er führt aus, dass der LRP den Charakter eines Fachgutachtens hat, welches in die regionalplanerische Abwägung eingestellt wird. Die Streckenführung der Vorzugsvariante 1 erfolgt zwischen den aus naturschutzfachlicher Sicht empfindlichen Bereichen „Wölper Burg“ und dem Waldrand im Landschaftsschutzgebiet (LSG) Kräher-Forst. Auch werden bestehende Fließgewässer, die zur Vernetzung von Lebensräumen wichtig sind, durch die Trasse gekreuzt. Das geschützte Schwarze Moor des Kräher-Forstes wird hingegen durch die Planung nicht berührt. In Richtung Heemsen verläuft die Strecke teilweise in der Nähe der Hochspannungstrasse. In diesem Abschnitt bestehen keine besonderen Qualitäten im Biotopverbund.

Insbesondere aus Klimaschutzgründen werden gemäß Entwurf des LRP Moorgebiete und Moorstandorte einer besonderen Betrachtungsweise unterzogen. Diese sind im Bereich der Wölper Burg und nördlich davon zu berücksichtigen. Daher ist hier auch eine genaue Detailplanung erforderlich. Im Trassenverlauf auf dem Gebiet der SG Heemsen sind überwiegend Geest-/Sandbodenablagerungen betroffen.

Herr Gänsslen empfiehlt, grundsätzlich an dem Trassenkorridor der Variante 1 festzuhalten. Eine vertiefte Prüfung der einzelnen Geländeabschnitte hinsichtlich ihrer naturschutzfachlichen Empfindlichkeiten kann auf der Ebene des Planfeststellungsverfahrens erfolgen.

Im Weiteren werden die Teilnehmenden von Frau Rohlfing gebeten, zu den folgenden Schutzgütern neu zu berücksichtigende Hinweise vorzubringen:

b) Schutzgut Mensch

Herr Onkes spricht sich dafür aus, eine zeitnahe Weiterplanung der Trasse fortzuführen, da die Lärmsituation an den Hauptein- und ausfallstraßen innerhalb der Stadt Nienburg vermindert werden muss. Herr Bigos führt dazu aus, dass am 19.03.2019 der Lärmaktionsplan der Stadt Nienburg/Weser beschlossen wurde. Das Wohn-/Neubaugebiet an der Mußriede enthält im Flächennutzungsplan bereits den Verlauf der Vorzugstrasse. Entsprechende Lärmschutzmaßnahmen werden eingeplant.

Herr Kneist führt aus, dass der Lärmschutzplan laut EU-Richtlinie von der SG Heemsen betrachtet wird. Eine Umsetzung der Ortsumgehung ist der effektivste Ansatz zur Lärminderung sowie Entlastung für Drakenburg und bereits seit 1978 im Flächennutzungsplan verankert. Die SG Heemsen befürwortet weiterhin die Trassenvariante 1.

Herr Onkes erklärt, dass als eine Lärmschutzmaßnahme auch eine noch nicht projektierte Ortsentlastungsstrecke der DB zu betrachten wäre. Im Zuge des „Alpha E“-Bahnausbaus und der Blockverdichtung wäre zu überlegen, ob nicht für die Bundesstraße und die Schienenverkehrsstrecke eine parallele Trassenführung entwickeln könnten, um der Lärmbelastung durch Straße und Schiene gegenüber dem Schutzgut Mensch effektiver entgegenwirken zu können. Bei einer ersten groben Skizzierung wäre auch ein Bündelungseffekt mit der Bahnstrecke nach Minden denkbar, so dass sich Straße und Schiene als Entlastung der Stadt und ihrer Anwohner auswirken könnten.

Herr Arndt und Frau Rohlfing geben zu bedenken, dass aufgrund des fortgeschrittenen Planungsstadiums der Straßenplanung die Berücksichtigung einer möglichen Schienenverkehrsstrecke parallel zur B 215 im Rahmen der jetzt anstehenden Entscheidung nicht möglich ist. Die DB hat noch keine Entscheidung darüber getroffen. Der Güterverkehr wird aktuell noch quantifiziert. Letztlich müsste bei einer Bündelung beider Vorhaben aller Voraussicht nach ein ROV – für die Schienenführung - durchgeführt werden.

Herr Onkes bittet das Thema nicht gänzlich auszublenden und ggf. für nachfolgende Generationen eine Planungsstrasse für die DB freizuhalten.

Herr Bigos erläutert dazu, dass die Kurvenradien der DB eingeschränkter und weitläufiger sind als bei der Straße. Dazu stellt sich auch die Frage, ob eine Bündelung von Straße und Schiene grundsätzlich machbar ist.

Herr Schindler und Herr Callies führen aus, dass die Variante 1 einen Korridor darstellt, der im Rahmen der weiteren Straßenplanung konkret für die einzelnen Teilstrecken und Knotenpunkte ausgearbeitet wird. Hierbei sind die Vorgaben der aktuellen technischen Regelwerke zugrunde zu legen, die u. a. für die B 215- und B 214-Abschnitte, als Straßen mit überregionaler Verbindungsfunktion, die Straßenkategorie LS II, einen einbahnigen, zweispurigen Straßenquerschnitt mit einem zusätzlichen Überholfahrstreifen (Fahrbahnquerschnitt 2+1), alternierend in beiden Fahrtrichtungen vorsehen, gestreckte Linienführungen erfordern und parallele Führungen anderer Baulastträger nicht entgegen stehen.

Herr Arndt erklärt dazu, dass eine entsprechende Abstimmung bzw. Prüfung erfolgen könnte. Er weist auf den sog. Runden Tisch der DB-Planungen hin, der am 26.3.19 wieder tagt. Herr Onkes schlägt vor, das Thema zur Fachplanung und Lösungsansätze dazu im kleinen Arbeitskreis, der vom Landkreis Nienburg/Weser geladen wird, weiter zu verfolgen.

c) Schutzgut Tier/ Pflanzen/ Lebensräume

Auf Grund der naturschutzfachlichen Empfindlichkeiten, besonders im Bereich der Wölper Burg und des LSG „Kräher Forst“, empfiehlt Herr Gerner bei der Erwägung

einer Einbeziehung einer Schienenverlegung parallel zur B 215 mit größter Sorgfalt zu verfahren. Herr Gerner rät dazu, die Entscheidung zum weiteren Verfahren zu verschieben. Die raumordnerische Beurteilung sollte erst dann erfolgen, wenn Erkenntnisse über die Planung der DB vorliegen. Dann könne ggf. bei der Straßenplanung DB-Führung mitgedacht werden.

Herr Onkes sieht die Planung der Straße als sehr wichtig und erhofft sich auf den Vorschlag einer Schienenumfahrung bei der DB eine Bündelung der Planung, da es sich jeweils um Maßnahmen der Verkehrsführung des Bundes handelt. Vielleicht kann eine Weiterplanung der Straßentrasse die DB mit einer Projektierung der Schienenumfahrung animieren?

d) Schutzgut Böden/ Versiegelung

Herr Gänsslen spricht die Straßenbauverwaltung auf den angezeigten Fahrbahnquerschnitt 2+1 an.

Laut Herrn Schindler sieht das aktuelle technische Regelwerk für die Straßenplanung unter Berücksichtigung bestimmter Gegebenheiten alternierend für beide Fahrtrichtungen eine dreispurige Trassenführung mit einer Überholspur von mindestens 1 km Nutzlänge vor.

Mit Herrn Callies wurden bezüglich des „Straßenquerschnitts 2+1“ noch einmal die im damaligen ROV geprüften Trassenvarianten 2 und 3 durchgesprochen, die jedoch zu keinem Alternativergebnis geführt haben, da eine entsprechende Querschnittsvorgabe für die Trassenvariante 3 westlich der B 215, aufgrund der örtlichen Möglichkeiten gar nicht und die östliche Trassenvariante 2 aufgrund der kurzen Trassenlänge nur eingeschränkt realisierbar wäre.

Herr Meyer zu Vilsendorf gibt zu bedenken, dass eine Verbreiterung der Trasse um 4 m aus landwirtschaftlicher Sicht weitere Flächeneinbußen bedeutet.

e) Schutzgut Landschaft/ Landschaftsbild

Hierzu wurden keine Hinweise vorgetragen.

f) Schutzgut Wasser

Frau Stors vom NLWKN trägt vor, dass bei der Trassenvariante 1 drei Fließgewässer betroffen sind. Diese müssen berücksichtigt und im Rahmen der weiterführenden Planfeststellung kleinteiliger betrachtet werden.

Herr Sakowski von der Unteren Wasserbehörde pflichtet dem bei und erklärt, dass durch die Variante 1 das Wasserschutzgebiet Drakenburg auf östlicher Seite umfahren wird.

g) Schutzgut Klima/Luft (Luftaustausch)

Hierzu wurden keine Hinweise vorgetragen.

h) Schutzgut Kultur u. sonstige Sachgüter

Der Kommunalarchäologe Dr. Berthold erklärt, dass die Burg Wölpe zwar umfahren wird, aber zu erwarten ist, dass an der dortigen Engstelle weitere Ausläufer, die archäologisch zu berücksichtigen sind, liegen. Eine detaillierte archäologische Begutachtung ist im Planfeststellungsverfahren angezeigt.

2.) Auswirkungen auf vorhandene und geplante Nutzungen

a) Verkehr

Frau Rohlfing fragt, welche Änderungen der Verkehrsströme zur Variante 1 angezeigt werden können.

Herr Onkes erklärt, dass es durch eine neue Straße sicherlich auch zu einer veränderten Betrachtung der Verkehrsströme in Nienburg-Nord und der Ortsteile Erichshagen und Holtorf führen wird. In diesem Zusammenhang wäre die Berücksichtigung einer „Fahrradstraße“ von Nord nach Süd einzubeziehen. Dazu müsste auch der Radverkehr im nördlichen Nienburg überdacht werden (Stichwort Radschnellweg).

Herr Gänsslen weist auf den Einschnitt in das LSG hin und bittet neben der veränderten landwirtschaftlichen Erschließung auch die Kreuzung der Trassenstrecke aus den Wohnquartieren heraus zu begutachten, da zwischen der Stadt und den nahegelegenen Erholungsgebieten (Tourismus) eine Wechselwirkung zu sehen ist.

Hinsichtlich des Flächenverlustes bei der Landwirtschaft weist Herr Stührmann vom ArL Leine-Weser auf das parallel geführte Flurbereinigungsverfahren zur Neuordnung der Agrarstruktur hin. Die Landwirte werden frühzeitig mit in die Planungsphase Raumneuordnung eingebunden, um gemeinsame Lösungen und Wege zu erzielen.

Das ARL beabsichtigt nach dem derzeitigen Stand noch zum Jahresende oder aber 2020 einen planungsbegleitenden Arbeitskreis zu bilden.

b) Forstwirtschaft

Aus der Forstwirtschaft gab es keine weiteren Hinweise, da kaum Waldflächen betroffen sind.

c) Wasserwirtschaft

Hierzu siehe Hinweise unter 1. f.

d) Rohstoffwirtschaft

Aus der Rohstoffwirtschaft gab es keine Hinweise.

e) Städtebau (Wohn-/ Industrie- und Gewerbegebiete):

Herr Kneist bittet darum, das Gewerbegebiet Sauerkamp in Drakenburg zu berücksichtigen und an die Trasse anzubinden.

Herr Bigos erklärt, dass laut Flächennutzungsplan der Stadt Nienburg im Kreuzungsbereich der B 6/B 215 liegende Bau- und Gewerbeflächen an die Straße angebunden werden sollen.

f) Erholung/Naherholung/Tourismus

Herr Schiewe weist auf die Bedeutung des Bereichs der Burg Wölpe für die Naherholung hin. Ebenso bittet er den Reittourismus angemessen zu berücksichtigen, da sich in der Umgebung der Trassenführung zwei größere Reitställe befinden.

g) Technische Infrastruktur

Herr Wesche, DB-Energie, gibt zu bedenken, dass im Trassenverlauf zweimal Hochspannungsleitungen gekreuzt werden und die Abstände zu den Maststandorten einzuhalten sind. Hierzu kann in der Planfeststellung detaillierter eingegangen werden.

Herr Marquardt, Deutsche Telekom Technik GmbH, weist darauf hin, dass im Trassenverlauf sechs Knotenpunkte von Kommunikationsleitungen liegen, die sich mit dem Trassenkorridor kreuzen.

Herr Meyer von der Gasunie Deutschland TS weist auf mehrere Punkte auf der Trasse hin, wo Gasleitungen gekreuzt werden.

h) Sonstige Nutzungen (z. B. militärische Gebiete)

Hierzu wurden keine Hinweise vorgebracht.

Top 5) Diskussion und Ausblick auf das weitere Verfahren

Herr Gerner gibt noch einmal zu Bedenken, dass der Trassenverlauf im Rahmen eines ROV mit der DB abgestimmt werden sollte.

Herr Schindler weist darauf hin, dass dabei Planungen zweier Bundesbaulastträger betroffen sind, deren Belange einen hohen Abstimmungsbedarf erfordern. Im Bereich der Straßenplanung ist die Vorzugstrasse 1 bereits konkret vorgesehen und deren Umsetzung im „Bedarfsplan für die Bundesstraßen“ als Teil des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes (6. FStrAbÄndG) am 23.12.2016 gesetzlich vorgegeben worden. Der konkrete Planungsauftrag zur Umsetzung ist erteilt.

Die Änderung oder Ergänzung des Schienennetzes im Bereich Nienburg ist seitens der DB AG dagegen nicht konkret. In wie weit eine parallele Schienenführung möglicherweise bei der konkreten Entwurfsplanung für die B 215 -Trasse möglich ist, kann in den weiteren Planungsschritten geprüft werden.

Herr Arndt berichtet, dass im März 2019 mit den Runden Tischen in der Region durch die DB begonnen wird. Dort sind ggf. entsprechende Planungsvorstellungen von den Akteuren an die DB heranzutragen.

Frau Rohlfing weist abschließend noch einmal auf die konkrete Linienbestimmung der Variante 1 im Bundesverkehrswegeplan 2030 hin.

Zum weiteren Verfahren führt sie aus, dass die Entscheidung, ob für die Verlegung der B 215 ein neues ROV erforderlich ist, im Rahmen einer Stellungnahme bzw. raumordnerischen Beurteilung erfolgt. Dabei werden alle im Rahmen dieser Konferenz vorgebrachten Hinweise und die schriftlich eingegangenen Stellungnahmen in die Prüfung einbezogen.

Herr Arndt beendet die Antragskonferenz um 15.50 Uhr.

gez. Haak
gez. Behrens



Stabsstelle Regionalentwicklung

Antragskonferenz zur Verlegung der B 215 zwischen Nienburg und Rohrsen am 04.03.2019

Tagesordnung

- Top 1** Begrüßung und Einleitung
Ziel und Zweck der Antragskonferenz zur Prüfung der Erforderlichkeit der Durchführung eines ROV (Herr Arndt / Frau Rohlfing)
- Top 2** Erläuterung der raumordnerischen Belange - bisheriges Verfahren
(Frau Rohlfing)
- Top 3** Vorstellung des Vorhabens (Herr Callies, NLStBV Nienburg)
- Top 4** Erfassung der aktuellen Situation / Auswirkungen des Vorhabens auf



a) besonders empfindliche bzw. geschützte Bereiche:

- Entwurf des Landschaftsrahmenplans (UNB, Herr Gänsslen)

b) Umweltschutzgüter gem. UVPG

- Mensch (hier insb. Immissionen)
- Tiere und Pflanzen (Lebensräume)
- Boden (Versiegelung)
- Landschaft (Landschaftsbild, Erholung)
- Wasser (Grundwasser, Oberflächengewässer)
- Klima/Luft (Luftaustausch, klimatische Ausgleichsräume)
- Kultur- und sonstige Sachgüter (Archäologie, Denkmalschutz)



c) vorhandene und geplante Nutzungen

- Verkehr (Verkehrsströme, Flächenzerschneidung, Radverkehr)
- Landwirtschaft (Nutzfläche, Agrarstruktur)
- Forstwirtschaft (Waldfläche, Bewirtschaftung)
- Wasserwirtschaft (Wassergewinnung)
- Rohstoffwirtschaft (Bodenabbauflächen)
- Städtebau (Wohnen, Industrie, Sondergebiete)
- Erholung (Naherholung, Tourismus)
- Technische Infrastruktur (Leitungen, Verkehrswege)
- Sonstiges (z.B. militärische Schutzgebiete)



Antragskonferenz Verlegung B 215 Nienburg-Rohrsen

Top 5 Diskussion und Ausblick

- Entscheidung über die Erforderlichkeit eines ROV (raumordnerische Stellungnahme)
- Zeitlicher Ablauf des weiteren Verfahrens aus Sicht der NLStBV

Ca. 16:00 bis 16:30 Uhr - Ende der Veranstaltung



Zweck der Antragskonferenz

- Die Landesplanerische Feststellung vom 01.06.2005 war auf 5 Jahre befristet und ist nicht mehr gültig. Ein „Wiederaufleben“ ist nicht möglich.
- Daher ist gem. § 15 Abs. 1 S. ROG in Verbindung mit der RoV § 1 Nr. 8 wieder zu prüfen, ob für den Bau einer Bundesfernstraße wie der B215, die der Entscheidung nach § 16 BFStrG bedarf, ein ROV durchgeführt werden soll.
- Es muss eine Prüfung der aktuellen Situation erfolgen, da derzeit noch nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann, ob ein neues ROV entbehrlich wäre.
- Daher soll in diesem Rahmen diskutiert werden, ob aufgrund neuer Erkenntnisse / Daten ein neues ROV erforderlich oder ob ein Verzicht darauf möglich wäre.
- Zu klären ist: Kann die Raumverträglichkeit im Folgeverfahren geprüft werden?



Antragskonferenz Verlegung B 215 Nienburg-Rohrsen

Raumordnerische Belange / bisheriges Verfahren

- 2001 Planungsauftrag für die Linienfindung einer neuen Trasse im Rahmen eines ROV
- 09.01.2001: Antragskonferenz
- Regionales Raumordnungsprogramm 2003: Darstellung der Vorzugsvariante als „Hauptverkehrsstraße von überörtlicher Bedeutung – bedarf weiterer Abstimmung“
- Prüfung dreier Varianten
- Abschluss des ROV mit der Landesplanerischen Feststellung vom 01.06.2005
- Ergebnis: Variante 1 (vgl. RRÖP, F-Pläne Nienburg, Heemsen)



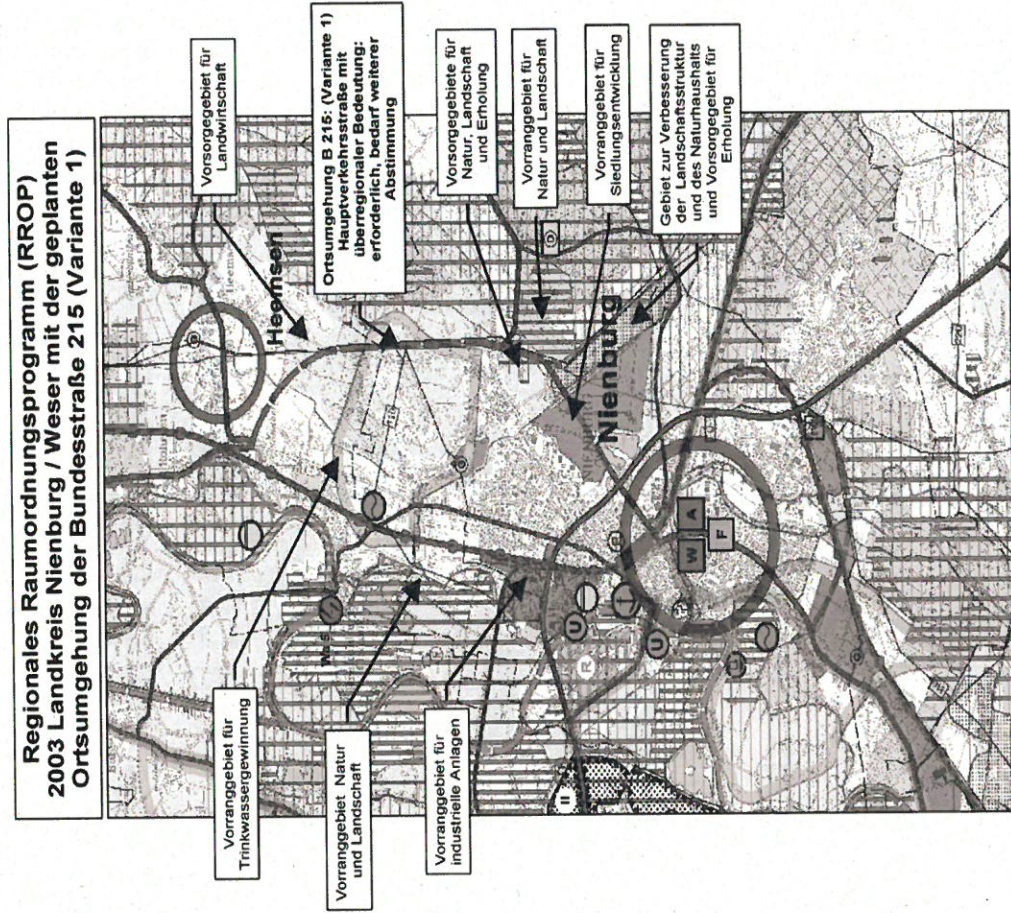
Antragskonferenz Verlegung B 215 Nienburg-Rohrsen

- **Variante 1:** mit ca. 7,5 km die längste Variante, aber aus verkehrlicher Sicht die effektivste Variante mit den besten Entlastungs- und Kosten-/Nutzeneffekten
- Nachteile: großräumige Freiraumzerschneidung, Beeinträchtigung Erholungsfunktion und des Wohnumfelds der Ortslage Erichshagen
- VG für Trinkwassergewinnung im RROP (nicht im LROP 2017)
- Zerschneidung VG Siedlungsgebiet (Mußriede), Führung nahe Ortslage Erichshagen
- Zerschneidung LSG „Die Krähe“ bei der Wölper Burg
- **Variante 2** (kurze Ostvariante): für OD Sandberge keine Entlastung
- **Variante 3:** von geringer städtebaulicher und verkehrlicher Entlastungswirkung (nur Verdener Landstraße), hohe städtebauliche Konfliktdichte



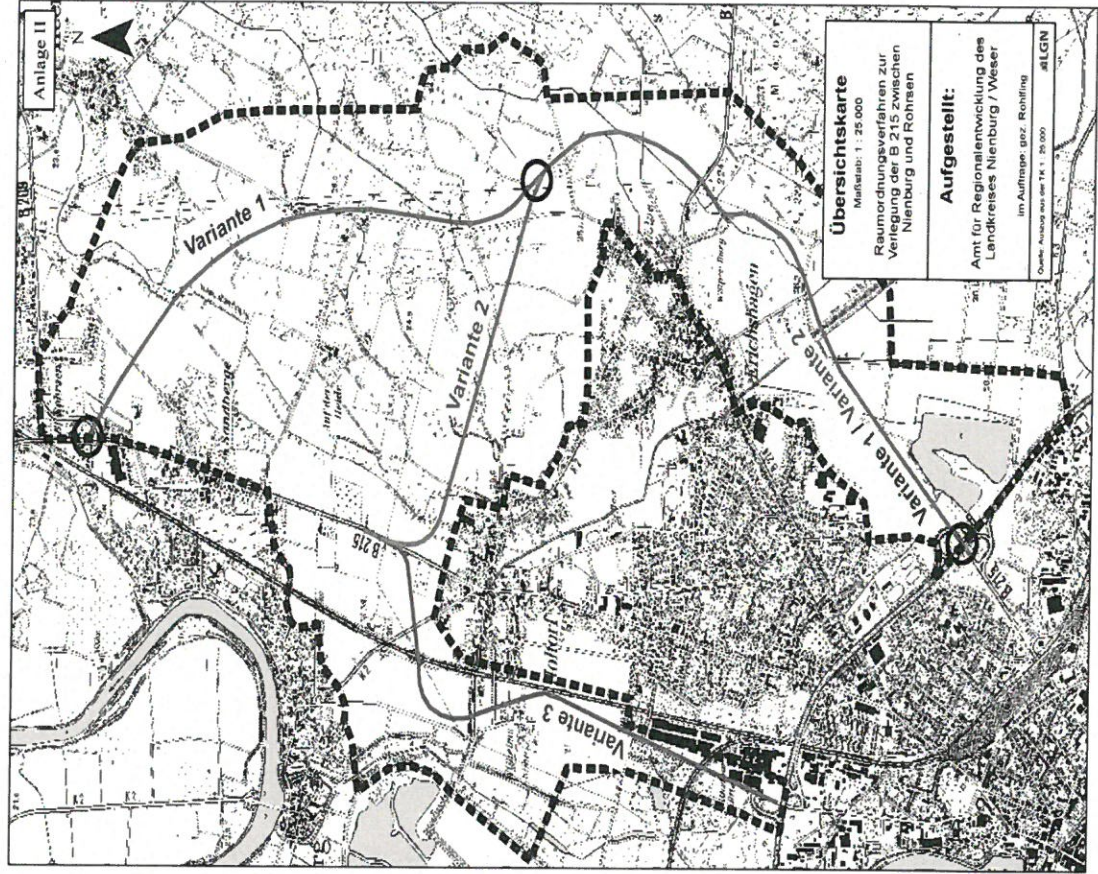
Antragskonferenz Verlegung B 215 Nienburg-Rohrse

Anlage I





Antragskonferenz Verlegung B 215 Nienburg-Rohrßen

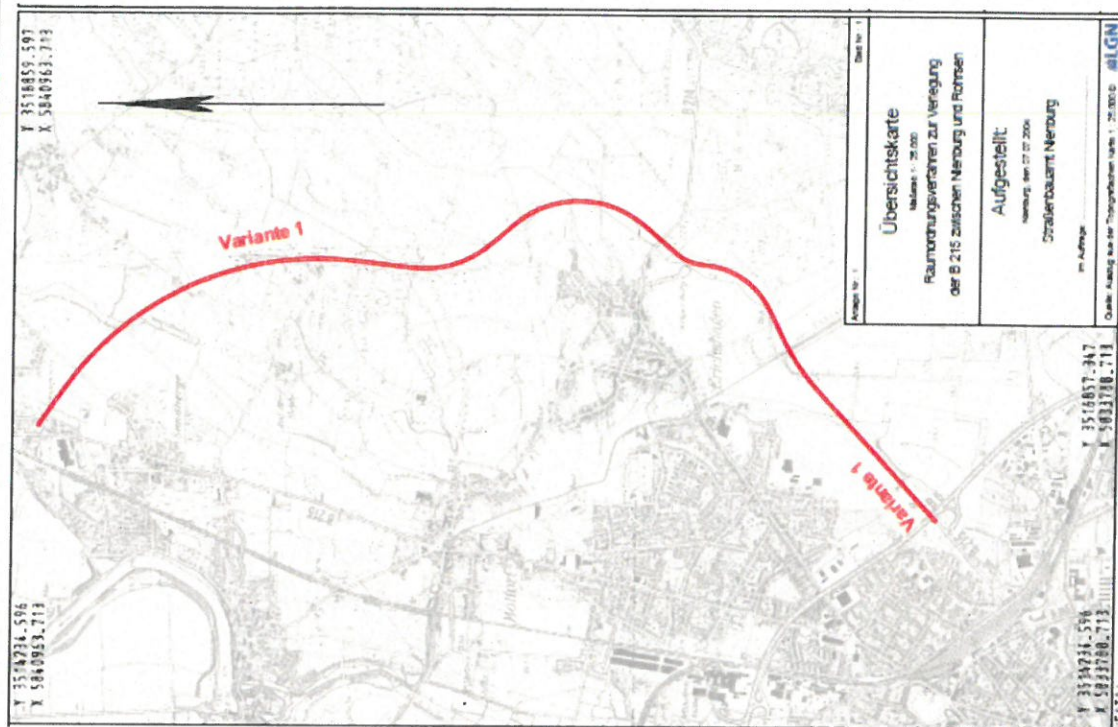




**Verlegung der
Bundesstraße 215
zwischen Rohrsen und
Nienburg**

Planungsstand 02/2019

Anlage 2



B 215 Nienburg - Rohrsen

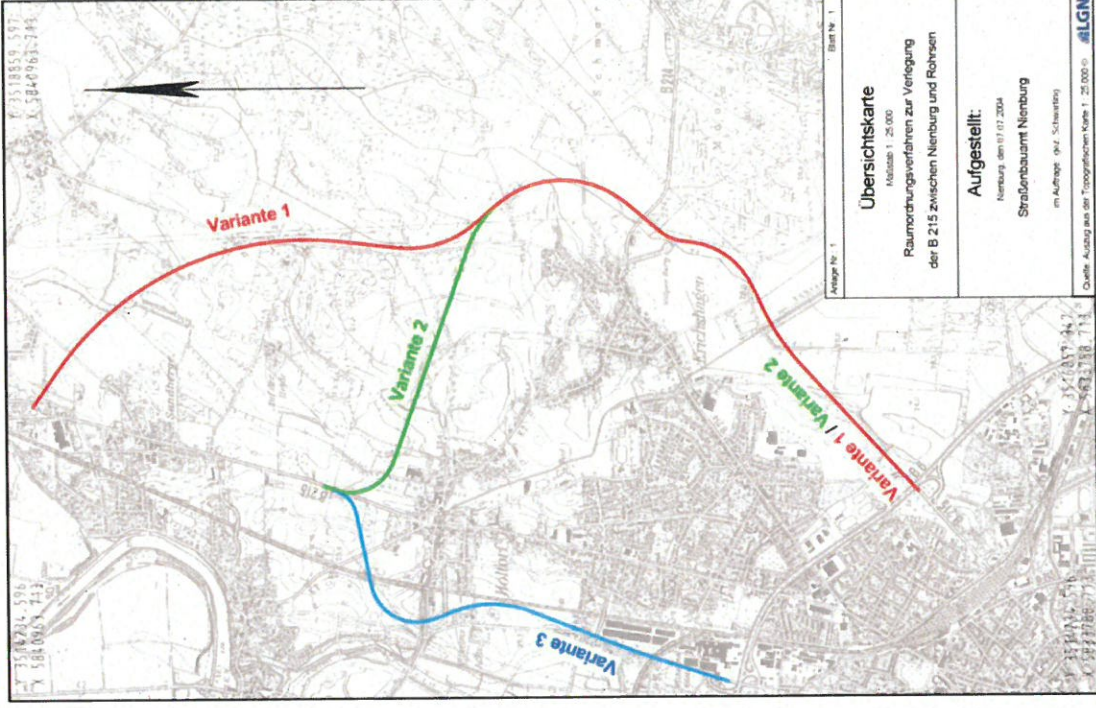


Niedersächsische Landesbehörde
für Straßenbau und Verkehr
GB Nienburg



Bisheriger Verfahrensablauf

- 05.01.2000 Planungsauftrag für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens
- 09.01.2001 Antragskonferenz zum ROV
- BWVP 2003 Maßnahmen im Zuge der B215 in den weiteren Bedarf abgestuft
- Juli 2004 Antrag ROV, Beurteilung von 3 Trassenvarianten
- 01.06.2005 Landesplanerische Feststellung
- ➔ **Variante 1**





Bisheriger Verfahrensablauf

21.02.2008

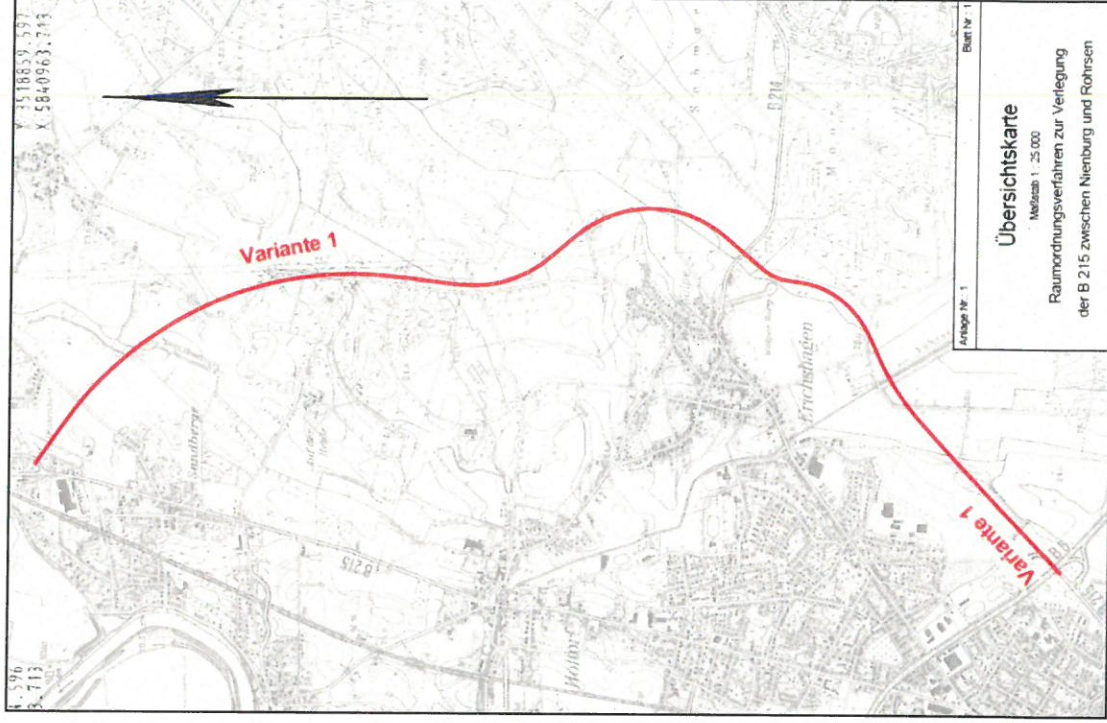
Linienbestimmung der
„Variante 1“ durch den
BMVI

Darstellung der „Variante 1“
im RROP 2003

Darstellung der „Variante 1“
in den Flächennutzungs-
plänen der Stadt Nienburg
und der SG Heemsen

BWVP 2030

Maßnahme zur Verlegung
der B 215 eingestuft in
den vordringlichen Bedarf





31.10.2016



Planungsauftrag zur Entwurfsbearbeitung

Planungsangaben:

- Lage:

Trassenkorridor östlich der B215 / Ortslagen von
Drakenborge und Nienburg

- Verkehrsbedeutung: Bundesstraße mit überregionaler
Verbindungsfunktion

Anbaufreie Bundesstraße im Außerortsbereich

- Trassenlänge:

rd. 7,5 Km

- Baukosten:

rd. 28,0 Mio. €



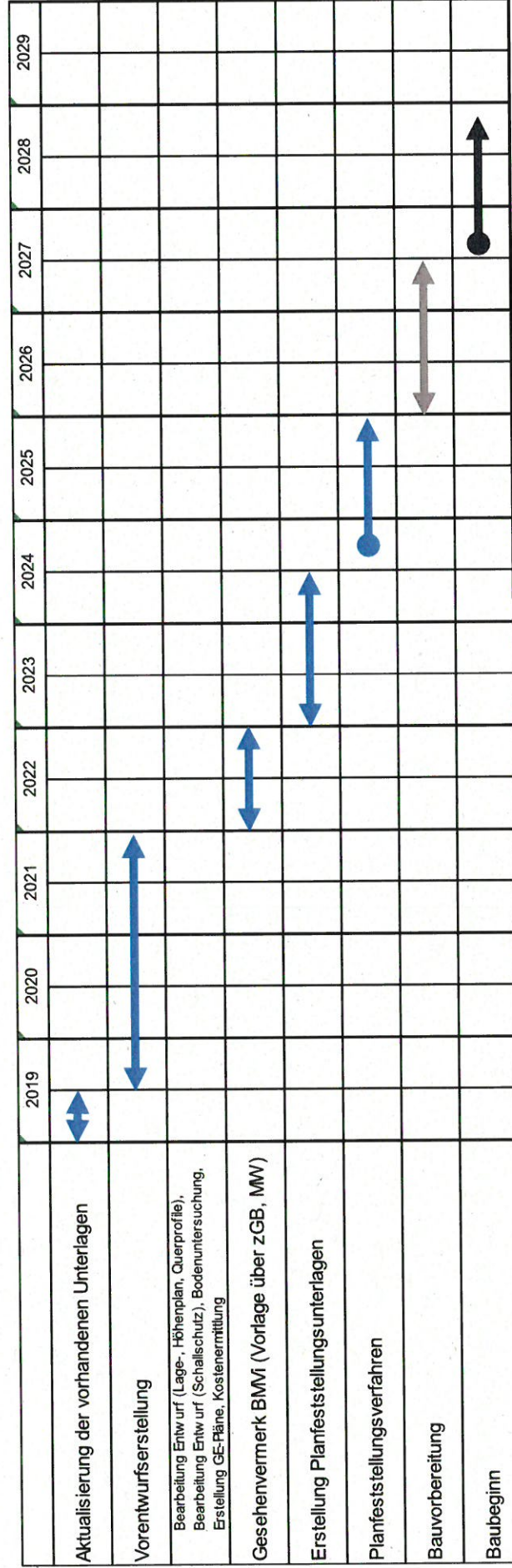
Weiterer Verfahrensablauf

- **Abstimmung raumordnerischen Belange**
Trassenbestätigung aus 2005 bezogen auf den aktuellen Stand
- **Aktualisierung von Datenerhebungen**
u. a. zu landschaftspflegerischen Belangen
- **Aktualisierung der Verkehrsuntersuchung**
Einbeziehung der örtlichen und überörtlichen Infrastrukturentwicklungen
- **entwurfstechnische Ausarbeitung der Trassenvariante**
- **planungsrechtliche Abstimmung der Neubastrecke**



Weiterer Verfahrensablauf

zeitlicher Planungsablauf:



* Vorbehaltlich zur Verfügung stehender Ressourcen soll die Baureife bis 2030 vorliegen



Verkehrliche Änderungen im und –Auswirkungen auf das Straßennetz seit 2005:

**Bau der „Parallelstraße“ zwischen der AS – Nienburg Mitte der
OU-Nienburg (B215, B214 und B6) und der B214, Celler Straße
ist erfolgt**

**Bau des „Südringes“ als Straßenverbindung zwischen der B215
(Schäferhof) und der B6 an der AS – Nienburg Süd der OU-Nienburg
(B215, B214 und B6) ist in der Fertigstellung**

Änderungen technischer Regelwerke: (u.a.)

Richtlinie für die Anlage von Landstraßen, RAL (2012)

Zuordnung einer Entwurfsklasse (EKL)

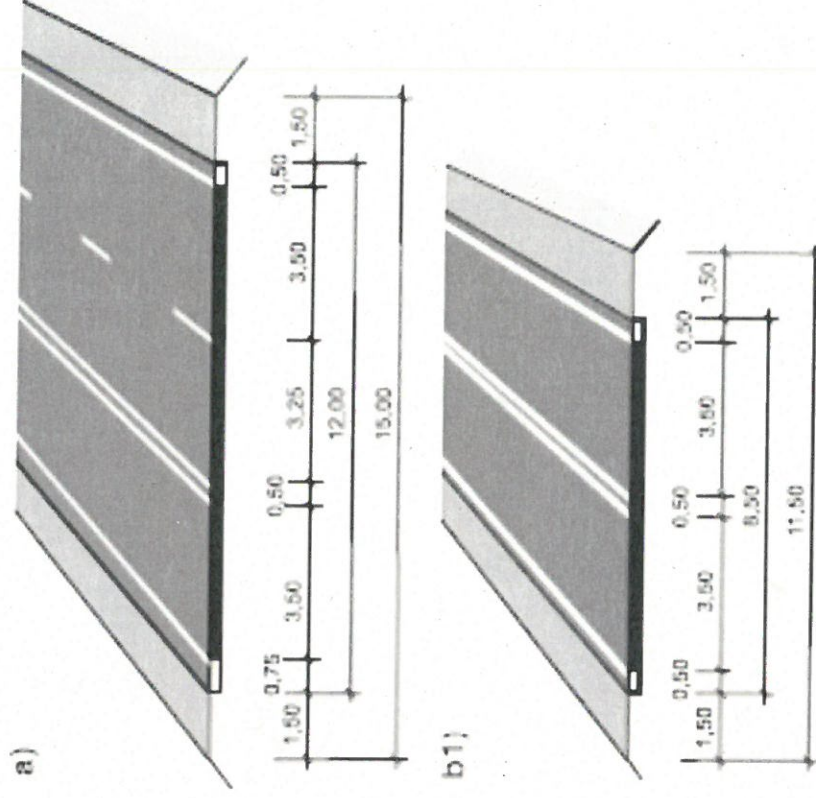
hier: **Entwurfsklasse EKL 2** ...für eine Straße mit überregionaler Verbindungsfunktion / der Straßenkategorie LS II

Landstraßen sollen deshalb in Querschnitt, Linienführung, Knotenpunktgestaltung und Ausstattung so beschaffen sein, dass sie dem Kraftfahrer eine Befahrung mit einer für die jeweilige Netzfunktion angestrebten Geschwindigkeit nahe legen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit sollen Landstraßen einer bestimmten Netzfunktion in sich möglichst gleichartig ausgebildet werden („standardisiert“) und sich von Straßen einer anderen Netzfunktion möglichst deutlich unterscheiden („wieder erkennbar“).

Richtlinie für die Anlage von Landstraßen, RAL (2012)

Regelquerschnitt RQ 11,5+

- ... einbahniger zweispuriger Querschnitt, der in einzelnen Abschnitten durch einen zusätzlichen Fahrstreifen aufgeweitet wird
- ... das Überholen in verkehrstechnisch gesicherten Abschnitten bündelt
- ... Überholstrecken alternierend in beiden Fahrtrichtungen vorsieht



Weitere Planungsbelange:

Sicherstellung der verkehrsgerechten Anbindungen des „rückwärtigen Straßennetzes“ und der „rückwärtigen Flächen“
... wird bezogen auf die Bestandssituation geplant

Flächenneuordnung über ein Flurbereinigungsverfahren aufgrund nicht vermeidbaren Flächenbetroffenheiten ... ist vorgesehen

frühe Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligungen
... sind im Rahmen der weiteren Vorplanungsschritte vorgesehen



